Ressort: Technik

Schwesig mahnt Grundgesetzänderung für Digitalpakt an

Berlin, 30.01.2019, 07:08 Uhr

GDN - Vor der ersten Sitzung des Vermittlungsausschusses im Streit über den Digitalpakt Schule hat Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) ihre Länderkollegen zu einer Einigung mit dem Bund auf eine Grundgesetzänderung des Artikel 104c aufgefordert. "Wir brauchen mehr Investitionen in unsere Schulen. Dafür wollen wir im Grundgesetz den Weg frei machen", sagte Schwesig der "Rheinischen Post" (Mittwochsausgabe).

"Wir sollten im Vermittlungsverfahren den Weg für diese Grundgesetzänderung freimachen. Das ist kein Eingriff in die Bildungshoheit der Länder", so die SPD-Politikerin. Die Länder hätten ein großes Interesse an einer schnellen Einigung. "Der Digitalpakt Schule ist lange ausverhandelt. Wir müssen jetzt die Weichen dafür stellen, dass endlich in eine bessere digitale Ausstattung der Schulen investiert werden kann." Schwesig verwies allerdings auch darauf, dass die Länder die weitere vom Bundestag beschlossene Änderung des Artikel 104b ablehnen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-119259/schwesig-mahnt-grundgesetzaenderung-fuer-digitalpakt-an.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619